Programmatische Leitlinien der AfD Mecklenburg-Vorpommern zur Kommunalwahl am 09. Juni 2024

Einstimmig verabschiedet auf dem Landesparteitag in Dabel am 24.02.2024

Inhalt

Präambel 2

Bürgernähe und Demokratie – Das Volk ist der Souverän 2

Infrastruktur – für eine Heimat zum Leben 3

Sicherheit und Ordnung – entschlossen und bürgernah 4

Familien – von unschätzbarem Wert für unsere Gesellschaft 5

Bildung – wohnortnah und verlässlich 6

Heimat – Identität und Tradition bewahren 7

Gesundheit und Pflege – exzellente Versorgung sicherstellen 8

Wirtschaft und Soziales – Leistungsprinzip und Bürokratieabbau 10

Ländliche Räume – Landwirtschaft und Kulturlandschaft erhalten 11

Asyl und Migration – Aufnahmestopp und Leitkultur 12

Energie – bezahlbare Energieversorgung ohne Ideologie 14

Kommunale Finanzen – solide und selbstverwaltet 15

Präambel

Deutschland erhalten, Heimat gestalten. In großer Verantwortung für unsere Kinder und Enkelkinder sind wir angetreten, unserem Land wieder eine gute Perspektive zu geben. Und dafür brauchen wir auch Sie! Streiten Sie gemeinsam mit der AfD – für Ihre Heimat. Veränderung beginnt im Kleinen, vor der eigenen Haustür, im eigenen Heimatort.

Unser Land steckt in einer tiefen Krise. Immer mehr Bürger sehen, dass sich die regierenden Parteien von ihnen entfremdet und den Bezug zur Lebensrealität verloren haben. Drängende Probleme wie die grenzenlose Masseneinwanderung, die wirtschaftliche Talfahrt, die Bildungsmisere, die Zerstörung bewährter sozialer Strukturen, der Wohlstands- und Sicherheitsverlust werden einfach geleugnet und ignoriert.

So darf es nicht weitergehen. Statt wie die Altparteien die Gesellschaft immer weiter zu ideologisieren und zu spalten, brauchen wir endlich wieder Vernunft und gesunden Menschenverstand in der Politik. Wir brauchen kein Gender-Gaga, keine Denk- und Sprechverbote, keine unsinnigen Brandmauern. Wir brauchen Freiheit, Wohlstand und Normalität!

Genau dafür wollen wir mit Ihnen kämpfen. Wir wollen die direkte Demokratie stärken und Bürgerentscheidungen mehr Raum geben. Wir wollen Entscheidungen, die die Menschen vor Ort betreffen, zurück auf die kommunale Ebene holen.

Wir wollen unseren jungen Menschen alle Chancen eröffnen, hier in ihrer Heimat zu bleiben, hier in Mecklenburg-Vorpommern ihre Familie zu gründen und sich hier ein eigenes Leben aufzubauen. Dafür werden wir bestmögliche Bedingungen schaffen - bei der Bildung, in der Wirtschaft, bei der Inneren Sicherheit.

Und wir werden uns konsequent dafür einsetzen, unsere Kultur, unsere Traditionen und unsere Lebensweise zu bewahren. Unsere gewachsene Identität ist das einigende Band, das uns von Generation zu Generation trägt.

Die Kommunalwahl am 9. Juni ist die große Chance, für frischen Wind in unseren Dörfern, Städten und Kreisen zu sorgen. Gemeinsam können wir Großes erreichen. Mit Tatkraft und Entschlossenheit Deutschland erhalten, Heimat gestalten. Machen Sie mit!

Bürgernähe und Demokratie – Das Volk ist der Souverän!

Demokratie lebt von einer vitalen Streitkultur, die leidenschaftlich und sachlich zugleich um unser aller Zukunft ringt. In den Kommunen treten wir an, um gegen das bürgerferne Durchdrücken von Beschlüssen der Bundes- und Landesregierung aufzubegehren. Probleme vor Ort anzupacken, nicht aber dem herrschenden Regierungshandeln einfach abnickend zur Seite zu stehen – das ist unser demokratischer Anspruch. Immer mehr von oben auf die kommunale Ebene verordnete Aufgaben dürfen nicht länger die Entfremdung der Bürger vom politischen System verstärken. Unsere Kommunen brauchen finanzielle und organisatorische Spielräume, um dem Bürgerwillen für den eigenen Wirkungskreis neuen Raum zur Entfaltung zu geben.

Mehr Demokratie auf kommunaler Ebene wagen

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Demokratie bedeutet daher, dass die Bürger in ihren eigenen Angelegenheiten selbst Entscheidungen treffen können, so wie es über das Instrument des Bürgerbegehrens und des Bürgerentscheids schon heute möglich ist. Wir unterstützen eine weitgehende Beteiligung der Bürger bei der Regelung ihrer Angelegenheiten vor Ort und rufen sie dazu auf, Mut und Engagement zu zeigen. Grevesmühlen und Greifswald haben mit ihren Abstimmungen in der Migrationskrise gezeigt, wie Demokratie in den Kommunen gelebt wird. Um die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürger zu verbessern, setzen wir uns für eine Verringerung des Zustimmungsquorums auf 20 Prozent bei Bürgerentscheiden ein.

Infrastruktur – für eine Heimat zum Leben!

Mecklenburg-Vorpommern als Flächen- und Pendlerland ist auf den intakten Zustand seiner Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Insbesondere der Zustand vieler kommunaler Straßen ist jedoch besorgniserregend schlecht. Zusätzlich zum Abbau des Erhaltungsrückstandes sind unsere Gemeinden darauf angewiesen, nötige Neu- und Ausbauvorhaben umzusetzen. Wir wollen, dass die Kommunen mehr in ihre Straßen investieren können. Hierfür fordern wir von Land und Bund mehr finanzielle Unterstützung.

Malerische Landschaften prägen Mecklenburg-Vorpommern. Wir werden sie für Einheimische und Gäste noch besser erlebbar machen. Der Ausbau des Rad- und Wanderwegenetzes hat daher für uns hohe Priorität. Dafür bieten sich insbesondere gemeinsame Planungsverfahren zwischen den beteiligten Kommunen an. Die fantasielose Parallelführung von Radwegen entlang vielbefahrener Verkehrsstraßen sollte zugunsten attraktiverer Routen geändert werden.

Oft wird über die Möglichkeit des kostengünstigen und staatlich subventionierten Bahnfahrens gesprochen, dabei aber die zwingende Voraussetzung einer funktionierenden Bahninfrastruktur vergessen. Wenn Reisende von Penkun nach Berlin wegen schlechter Taktung viele Stunden unterwegs sind, dann nützt das billigste Ticket nichts. Wir setzen uns dafür ein, dass Gemeinden gemeinsam mit Bund, Land und Eisenbahnunternehmen stillgelegte Strecken im ländlichen Raum reaktivieren und in diesem Zuge alte Bahnhofsgebäude vor dem Verfall retten. Mobilität ist ein Stück Lebensqualität, deshalb werden wir dafür sorgen, dass der Weg zur Arbeit, zum Arzt, zum Einkaufen und Ausgehen auch auf dem Land mit öffentlichen Verkehrsmitteln in vertretbarem Zeitaufwand möglich sein wird.

Zur Sicherung der Lebensqualität im ländlichen Raum ist für uns nicht nur eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet unabdingbar, sondern auch ein prosperierender Einzelhandel – auch in den kleineren Städten. Wir werden deshalb den Erhalt bzw. die Ansiedlung von wettbewerbsfähigen, regional wichtigen Gewerbebetrieben durch geeignete, aber befristete Fördermaßnahmen unterstützen.

Genehmigungsverfahren beschleunigen

Bauvorhaben, egal ob privat oder kommunal, können durch mehrstufige und institutionell überlappende Verfahren langwierig, kostenintensiv und nervenzehrend sein.

Mit Nachdruck werden wir die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes einfordern und gleichzeitig die Einbindung moderner Methoden, wie etwa der Künstlichen Intelligenz, forcieren. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass die Kommunen beim Bauen im Außenbereich mehr Mitspracherecht bekommen. Aufwändige Bebauungspläne für einfache Bauvorhaben müssen endlich der Vergangenheit angehören.

Freiwillige Feuerwehren zukunftsfest machen

Die AfD ist den Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren dankbar, dass sie sich ehrenamtlich für die Gesellschaft einsetzen und Menschen in Not bereitwillig helfen.

Für diesen Einsatz sind zwei Dinge besonders relevant – Ausrüstung und Ausbildung. Bei den Mittelzuweisungen des Landkreises an die Kommunen werden wir ein Auge darauf haben, dass genug Geld für die Freiwilligen Feuerwehren bereitgestellt ist, um zähe Verhandlungen zwischen Wehrführung und Gemeindevertretern zu vermeiden. Bei größeren Anschaffungen, wie Fahrzeugen oder Gerätehäusern, sehen wir die Landesebene in der Pflicht, finanziell stärker zu unterstützen.

Das Gleiche gilt für die Ausbildungslehrgänge über alle Dienstgrade hinweg. Wir werden beim Landkreis und beim Land mit Nachdruck darauf drängen, dass genügend Kurse angeboten werden, um den nächsten Dienstgrad beziehungsweise die Anforderungen an die Spezialisierung der Feuerwehrkameraden zu erfüllen. Wartezeiten von teils über einem Jahr sind unhaltbar für die Relevanz dieser Aufgabe und demotivierend für die engagierten Bürger.

Flächendeckende Bargeldversorgung sichern

Die AfD fordert den dauerhaften Erhalt der uneingeschränkten Bargeldnutzung als wichtiges bürgerliches Freiheitsrecht. Die kommunalen Sparkassen sollen daher verpflichtet werden, eine flächendeckende Versorgung mit Geldautomaten sicherzustellen, damit jeder Bürger in Mecklenburg-Vorpommern Zugang zu Bargeld hat.

Sicherheit und Ordnung – entschlossen und bürgernah!

Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die AfD in Mecklenburg-Vorpommern tritt konsequent für die Wiederherstellung und die Wahrung von Sicherheit und Ordnung ein. Eine unserer zentralen Forderungen ist die erhöhte Polizeipräsenz mit verstärkten Streifengängen vor Ort. Insbesondere an Kriminalitätsschwerpunkten müssen Polizeiwachen erhalten oder neu errichtet werden.

Statistiken zeigen, dass ein direkter Zusammenhang zwischen der Masseneinwanderung der letzten Jahre und der gestiegenen Gewaltkriminalität in unserem Land besteht. Daher sind konsequente Abschiebungen aller nicht bleibeberechtigten Ausländer, im Besonderen der straffälligen, zwingend.

Den durch illegale Migration gewachsenen Angsträumen in unseren Städten setzen wir einen entschlossenen, handlungsfähigen Staat entgegen.

Die Kommunen sollen in die Lage versetzt werden, ihre Ordnungsämter zu verstärken, für ausreichende Straßenbeleuchtung zu sorgen, an neuralgischen Punkten Video-Überwachung zu ermöglichen und die Kriminalitätsvorbeugung zu intensivieren.

Vandalismus, illegale Graffiti und Verschmutzungen im öffentlichen Raum müssen strikt geahndet und beseitigt werden. Außerdem wird die AfD Präventionsmaßnahmen beim Thema Drogenkonsum in unseren Schulen deutlich ausweiten. Den Handel und den Besitz von Drogen an unseren Schulen werden wir mit aller Entschlossenheit unterbinden.

Familien – von unschätzbarem Wert für unsere Gesellschaft!

Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Die Familie genießt zu Recht den besonderen Schutz unseres Grundgesetzes. In ihr werden Zuneigung, Vertrauen, grundsätzliche Werte und Tugenden wie Füreinander-Einstehen und Gemeinschaftssinn vorgelebt. Unsere Familien bilden das Fundament des Zusammenlebens in Dörfern und Städten. Vordringliches Ziel der AfD ist, durch umfangreiche Maßnahmen in allen Politikfeldern den Optimismus in unser Land zurückkehren zu lassen. Wir wollen eine positive Bevölkerungsentwicklung ermöglichen.

Baby-Begrüßungsgeld und Familienbeauftragte in unseren Kommunen

Dafür bedarf es einer Politik, die die Familienfreundlichkeit und Familiengründung im Blick hat. Wir werden uns in den Kommunen für ein Baby-Begrüßungsgeld als Zeichen für eine Kinder-Willkommenskultur einsetzen.

Die AfD in Mecklenburg-Vorpommern setzt auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, bei gleichzeitig optimalen Bedingungen für unsere Kinder. Die Qualität in den Kindertagesstätten ist durch den Einsatz von mehr Erziehern im Sinne eines verbesserten Betreuungsschlüssels zu steigern. Die AfD unterstützt jedoch auch weiterhin die frühkindliche Erziehung im Kreis der Familie oder in der Tagesmutterbetreuung. Wir werden daher eine auskömmliche Finanzierung von Tagesmüttern ebenso wie ein Erziehungsgeld für die Eltern sicherstellen.

Wir sehen die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in Deutschland als gegeben an. Daher werden wir die Aufgaben der in den Kommunen eingesetzten Gleichstellungsbeauftragten umwidmen, so dass diese künftig als Familienbeauftragte tätig sind. Sie sollen sich für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf einsetzen und politische Entscheidungen auf ihre Familienverträglichkeit prüfen.

Gender-Mainstreaming – eine Gefahr für unsere Gesellschaft

Das Gender-Mainstreaming greift immer weiter um sich. Frühsexualisierung und Trans-Gender-Propaganda lehnen wir ebenso ab wie den Gebrauch der Gendersprache in staatlichen Einrichtungen und Behörden. Wir wenden uns gegen die Indoktrinierung der Heranwachsenden und Übergriffigkeiten durch eine kleine, aber laute Minderheit.

Die Natur kennt zwei Geschlechter. Die Gender-Ideologie hingegen will die aus der Biologie resultierende Geschlechteridentität zerstören. Jugendliche in der Prägungsphase können durch die unsinnigen Debatten stark verunsichert werden. Daher sehen wir in erster Linie die Eltern und gegebenenfalls medizinisches Fachpersonal in der Aufklärungspflicht und lehnen eine staatliche Einmischung bei diesem sensiblen Thema ab.

Das Ehrenamt im Sport stärken

Die AfD unterstützt ehrenamtliche Trainer, Übungsleiter, Betreuer, Kampf- oder Schiedsrichter. Im Vereinssport engagierte Bürger leisten einen unschätzbaren Wert für unsere Gesellschaft. Ihnen ist eine Aufwandsentschädigung in angemessener Höhe zu zahlen.

Der Sanierungsstau von Vereins- und Schulsportstätten sowie Schwimmhallen ist zu beseitigen. Die Mittel zur Sanierung und zum Neubau von Sportstätten müssen dazu unbürokratischer abrufbar sein. Sport dient der medizinischen Prävention, der gemeinschaftlichen Sozialisation und ist ferner geeignet Integration zu fördern.

Bildung – wohnortnah und verlässlich!

Das Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates. Dies ist eine staatliche Verpflichtung. Grundlage einer guten Bildungsversorgung ist der Erhalt der Schulstruktur im Land im Sinne eines möglichst dichten Netzes an allgemein- und berufsbildenden Schulen. Dafür ist dem nach wie vor erheblichen Bau- und Sanierungsbedarf mit neuen Investitionen ebenso zu entsprechen, wie der Sicherstellung einer technisch modernen Ausstattung. Insbesondere die Digitalisierung muss hinsichtlich moderner Endgeräte und guter Übertragungsgeschwindigkeiten weiter und ständig verbessert werden.

Langfristigen Unterrichts- und Betreuungsausfall gilt es zu vermeiden. Das betrifft auch die Ganztagsschularbeit an den Nachmittagen, zu der mindestens die Hilfe bei der Anfertigung von Hausaufgaben und ein Sport- und Freizeitprogramm gehören müssen. Der eklatante Lehrermangel war lange vorhersehbar. Durch eine Änderung des Lehramtsstudiums und kommunale Anwerbemaßnahmen werden wir den Lehrermangel im ländlichen Raum nachhaltig beheben.

Schülerbeförderung mit Sitzplatzgarantie

Die Schülerbeförderung muss innerhalb eines nicht weiter ausgedünnten Schulnetzes endlich mit ausreichenden Bussen in möglichst enger Taktung erfolgen. Ein Sitzplatz für jeden Schüler ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Bei örtlich nicht zuständigen Schulen müssen die Schüler die Möglichkeit haben, den ÖPNV ohne Zuzahlung nutzen zu können.

Regional- und Berufsschulen gilt mit Blick auf die Ausbildung guter Fachkräfte aus der Region und für die Region unser besonderes Augenmerk. Zur Stärkung der dualen Ausbildung muss deshalb die Anzahl der Berufsschulen wieder erhöht werden.

Förderschulen erhalten

Wichtig ist für uns überdies der Erhalt der Förderschulen. Ihrer drohenden Schließung wirken wir entgegen, weil wir in ihnen die eigentlichen Orte echter Inklusion erkennen.

Was die Förderschulen für Kinder mit Einschränkungen zu leisten vermögen, können die Regionalschulen nicht in gleicher Weise garantieren. Gerade die Schwächsten bedürfen einer spezifisch auf ihre Bedürfnisse abgestimmten Förderung. Die bewährte hochqualifizierte Betreuung auf dem Altar der Inklusions-Ideologie zu opfern ist unverantwortlich. Wir sprechen uns daher für das gegliederte Schulsystem von Regional- und Förderschulen sowie anspruchsvollen Gymnasien aus. Dieses muss durchlässig sein, um jedes Kind nach seinem individuellen Vermögen, Entwicklungsstand und seinen Talenten zu fördern.

Heimat – Identität und Traditionen bewahren!

In einer zunehmend anonymen und entwurzelten Gesellschaft ist die Besinnung auf die eigene Herkunft und Geschichte umso wichtiger. *„Nur wer weiß, woher er kommt, weiß auch, wohin er geht“*.

Denkmale erhalten

Alte Fachwerkhäuser, traditionelle Backsteinbauweise, schlichte Dorfkirchen und herrschaftliche Gutshäuser prägen das Bild unserer Dörfer. Sie sind Ausdruck einer über Jahrhunderte gewachsenen norddeutschen Baukultur und zeugen von der Schaffenskraft und Kunstfertigkeit der heimischen Handwerker.

Der Erhalt dieser historischen Bausubstanz soll stärker in den Fokus genommen werden. Dafür wollen wir die unteren Denkmalschutzbehörden mit mehr Personal ausstatten und die Fördermittel für die Sanierung von Denkmalobjekten deutlich erhöhen. Zum Erhalt kulturell wertvoller Bausubstanz gehört jedoch auch, dass überzogenen Denkmalschutzvorgaben ein Riegel vorgeschoben wird.

Dorfvereine stärken, Traditionen pflegen

Es sind die Menschen vor Ort, die für ein lebenswertes Umfeld sorgen. Selbst kleine Dörfer können durch das Engagement seiner Einwohner eine hohe Lebensqualität im kulturellen und gemeinschaftlichen Sinne aufweisen.

Neben den Freiwilligen Feuerwehren, Schützen- und Sportvereinen wollen wir gezielt die leider allzu seltenen Heimatvereine fördern. Letztere leisten einen wichtigen Beitrag zur Überlieferung der regionalen Geschichte und Brauchtumspflege. Hierzu gehört auch die Förderung der niederdeutschen Sprache.

Kultur vor Ort erleben

Theater, Orchester, Bibliotheken und Museen sind ebenfalls unverzichtbare Kulturstätten in unserem Land, die sowohl eine Bildungs- wie auch eine Erlebnisfunktion für unsere Bürger bereithalten. An den Kommunal- und Vereinsmusikschulen sowie in der Chorarbeit werden zudem frühzeitig positive Emotionen der Kinder und Jugendlichen angesprochen. Diese wertvolle Arbeit muss auch weiterhin auskömmlich finanziert werden.

Gesundheit-und Pflege – exzellente Versorgung sicherstellen!

Seit Jahrzehnten haben sich Bundes- und Landesregierungen am Gesundheitswesen abgearbeitet, ohne dass die Probleme bei Struktur, Finanzierung, Personalbedarf, Versorgungssicherheit und Qualität in der Fläche nachhaltig beseitigt wurden, im Gegenteil.

Gesundheitsversorgung ist Daseinsvorsorge

Das Land Mecklenburg-Vorpommern versteht sich im fortgeschriebenen „Masterplan Gesundheitswirtschaft Mecklenburg-Vorpommern 2030“ als „DAS generationsübergreifende Gesundheitsland“. Viele der dort benannten Ziele können wir als AfD unterstützen. Die Ressourcen dazu sind im Land vorhanden. Doch es mangelt an der politischen und wirtschaftlichen Umsetzung.

Eine hochwertige gesundheitliche und pflegerische Versorgung der Bevölkerung gehört zur Daseinsvorsorge. Die möglichst gleichwertige Sicherstellung dieser Vorsorge in der Fläche ist eine der primären Aufgaben der Landesregierung und der Kommunen und deren Vertragspartner.

Das betrifft die haus-, fachärztliche und zahnärztliche Versorgung im ambulanten und stationären Sektor, die Geburtshilfe und die Notfallversorgung. Es betrifft sowohl die Sicherstellung der Pflege von Pflegebedürftigen, als auch die Rehabilitation und den Öffentlichen Gesundheitsdienst.

Wir wissen, dass der Einfluss der kommunalen Politikebene auf die Lösung der oben genannten Problembereiche begrenzt ist. Wir meinen deshalb, dass Kommunalpolitik die Verantwortungsträger aller Ebenen umso konsequenter darauf ansprechen muss. Die bereits bestehenden Optionen sind besser zu nutzen.

Medizinische Versorgung im ländlichen Raum hat hohe Priorität

Im Gesundheitswesen ist auf der kommunalen Ebene im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern die Versorgung (ärztlich, pflegerisch, Versorgung mit Heil- und Hilfsmitteln und Medikamenten) in den ländlichen Räumen die größte Herausforderung. Deshalb tritt die AfD dafür ein, dass den verantwortlichen Akteuren vor Ort gesetzliche und finanzielle Optionen eingeräumt werden, die eine gute regional zugeschnittene Versorgungsleistung und kreative Lösungen ermöglichen.

Beispielhaft kann dies für alle Versorgungsbereiche heißen:

- Schaffung regionaler, multifunktionaler Gesundheitszentren,
- Ausbau der Praxiskliniken für ambulantes Operieren („ambulant vor stationär“) und Sicherung der Nachsorge,
- finanzielle und organisatorische Niederlassungshilfen durch Kommunen (Praxiseinrichtung, Wohnung, Arbeitsoptionen für Lebenspartner, Kinderbetreuung u. ä.),
- kommunale Trägerschaften für Arztpraxen,
- Notfallpraxen in Rettungsstellen mit Ärztlichem Bereitschaftsdienst über Telemedizin,
- „Arztpraxis auf Rädern“ für abgelegene Dörfer,
- Organisation regionaler Bereitschaftsdienste, die ggf. personell aus Ballungszentren verstärkt werden,
- Ausbau der Leistungsoptionen im vorärztlichen Betreuungsbereich, z.B. Gemeindeschwestern u.a. nichtärztliches Personal,
- Abbau der Hürden bei der Anstellung von ärztlichem Personal (z. B. beim Jobsharing),
- Verbesserung der Ausbildung und der Fachkräftegewinnung.

Bei der Planung und Sicherstellung stationärer Patientenversorgung, der Geburtshilfe, der Notfallversorgung, der Zahnärztlichen- und Apothekenversorgung in ländlichen Räumen müssen ggf. auch nichtökonomische Bedarfskriterien berücksichtigt werden, wenn keine anderen Lösungsoptionen zur Verfügung stehen. Dies darf aber nicht zur Absicherung ineffizienter Gesundheitseinrichtungen durch Versicherten- bzw. Steuermittel führen.

Unabhängig von den bisherigen Vorschlägen sind die beiden großen Universitätskliniken in MV als Standortvorteil anzusehen und in die Versorgungsstrategie einzubinden.

Pflege wertschätzen

Gute Pflege ist Ausdruck von Wertschätzung der hilfsbedürftigen Menschen. Pflegende in stationären, ambulanten und privaten Bereichen verdienen unsere Aufmerksamkeit und Wertschätzung. Die AfD favorisiert die häusliche Pflege, soweit dies möglich und sinnvoll ist, und fordert deshalb ein angemessenes Landespflegegeld für häusliche Pflegeleistungen. Häusliche Pflege bedarf aber auch der Begleitung durch professionelle Pflegedienste und Kurzzeitpflegeoptionen mit geeigneten Anbietern.

Darüber hinaus sehen wir alternative Wohnmodelle und altersgerechte Wohnkonzepte, wie Senioren-Wohngemeinschaften und Mehrgenerationenhäuser, als geeignete Modelle an, um einem Pflegenotstand zu begegnen.

Öffentlichen Gesundheitsdienst sichern

Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) spielt eine wichtige Rolle bei der Gesundheitsvorsorge. Er ist deshalb aufzuwerten und effizienter zu strukturieren. Um dem Ärztemangel entgegenzuwirken, wäre zu prüfen, ob Bereiche der bisher ärztlichen Tätigkeiten auf medizinische Assistenzberufe übertragen werden könnten.

Wirtschaft und Soziales – Leistungsprinzip und Bürokratieabbau!

Wir stehen konsequent an der Seite des Mittelstandes und seiner Beschäftigten. Wir verteidigen die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft und lehnen daher sinnlose Finanzspritzen, ideologische Forderungen und Maßnahmen zur ökosozialistischen Umverteilung ab.

Unser Ansatz ist es, durch wohlüberlegte und gezielte Maßnahmen die Wirtschaft zu stärken, ohne dabei die soziale Verantwortung aus den Augen zu verlieren. Dabei liegt unser Fokus darauf, überbordende Bürokratie abzubauen und die Eigenverantwortung der Unternehmen zu stärken. Wir werden uns für eine möglichst niedrige Gewerbesteuer einsetzen, um gute Standortbedingungen für Wirtschaftsansiedlungen zu schaffen.

In den Handwerksbetrieben sehen wir eine entscheidende Wirtschaftskraft unseres Landes, der durch die Politik mehr Aufmerksamkeit zukommen muss. Unsere Strategie umfasst daher Steuererleichterungen, die Sicherung von Fachkräften und deren zukünftige Ausbildung.

Um Schüler für einen Beruf im Handwerk zu begeistern, setzen wir uns für mehr Kooperation zwischen Schulen und Handwerksbetrieben ein.

Digitalisierung, Robotisierung und Automatisierung sind in unseren Augen Schlüsselelemente, um die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit Mecklenburg-Vorpommerns in Wirtschaft und Verwaltung zu erhöhen. Alle Prozesse müssen digital möglich sein.

Tourismus im Einklang mit Natur und heimischer Lebenskultur

Unsere Vision für Mecklenburg-Vorpommern ist die einer fortschrittlichen, technologisch innovativen Region, die ihre Traditionen bewahrt, während sie neue Wege beschreitet, um ihren Status als erstklassige Tourismusdestination zu festigen und auszubauen. Denn der Tourismussektor stellt ein zentrales wirtschaftliches Standbein für die Region dar und ist entscheidend für ihre wirtschaftliche Prosperität und nachhaltige Entwicklung.

Die wirtschaftlichen Bedürfnisse eines wachstumsorientierten Tourismus dürfen jedoch nicht zu Lasten von Natur und einheimischer Lebenskultur gehen, deshalb lehnen wir eine Kurtaxe für Einheimische und Tourismusabgaben zur Haushaltskonsolidierung wie die sogenannte Bettensteuer strikt ab.

Wir wollen die touristische Nutzung der Natur, Kultur und Bodendenkmäler weiter verbessern. Dazu müssen wir eine engere überregionale Vernetzung von Tourismusvereinen und -verbänden schaffen. Mit einer attraktiven Verbindung von Tradition, Kultur und Innovation können wir sanften Tourismus auch ins Hinterland der Küste bringen.

Wir unterstützen die Arbeit der Tourismusvereinigungen und Wirtschaftsfördergesellschaften und sehen sie als verlässliche Partner der Kommunen an. Dabei wollen wir Synergien nutzen, damit die Zusammenarbeit über die Kreisgrenzen hinweg effektiver funktioniert.

Mecklenburg -Vorpommern ist das Land für Binnenwassersport. Dieses Alleinstellungsmerkmal ist unter Beachtung eines nachhaltigen Naturschutzes auszubauen. Zum Schutz der Natur und zur Förderung des Naturerlebnisses soll in Binnengewässern die Nutzung von e-Antrieben merkbar gefördert werden. Für kraftstoffbetriebene Motorboote gilt es Lärmemissionen einzudämmen.

Mehr Netto vom Brutto statt staatlicher Regulierungen

Das neue Tariftreuegesetz stellt eine große Belastung für kommunale Auftraggeber und Auftragnehmer dar und sollte auf Landesebene zurückgenommen werden. Um bis dahin die heimische Wirtschaft und die Verwaltung bei der öffentlichen Auftragsvergabe zu entlasten, werden wir auf kommunaler Ebene professionelle Strukturen schaffen, die bürokratische Fallstricke zu überwinden helfen. Bei der Auftragsvergabe legen wir den Fokus auf regionale Unternehmen.

Bedürftige Bürger unterstützen

Unsere Sozialsysteme dienen der Existenzsicherung und sollen ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben in Stadt und Land für in Not geratene Mitbürger garantieren. Wir stehen zur Unterstützung der Bedürftigen. Erwerbsfähige Bürgergeldempfänger werden wir bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt fördern, aber auch fordern. Sozialbetrug hingegen wird die AfD rigoros bekämpfen. Auch die Erschleichung von Leistungen durch Mehrfachmeldung und unterschiedliche Identitäten werden wir konsequent ahnden.

Die AfD fordert bezahlbaren Wohnraum für alle Bürger. Der soziale Wohnungsbau, insbesondere für Familien, Studenten und Auszubildende, Senioren und Behinderte, ist mit zinsgünstigen Darlehen deutlich stärker zu fördern.

Die vorrangige Nutzung von Sozialwohnungen zur Unterbringung von Migranten wollen wir beenden. Zu oft wird Wohnraum kurzfristig Migranten zur Verfügung gestellt, während Einheimische, überdurchschnittlich oft jüngere und junge Familien, in Konkurrenzsituationen gebracht werden und günstigen Wohnraum nicht anmieten oder erwerben können. Entgegen der derzeit geltenden gesicherten Anschlussunterbringung für Flüchtlinge fordern wir eine Vorrangprüfung für unsere Bürger.

Der bessere Schutz von Frauen ist uns ein wichtiges Anliegen. Die Mittel für Frauenhäuser müssen dringend aufgestockt werden, um den Schutz von misshandelten oder von häuslicher Gewalt bedrohten Frauen zu gewährleisten.

Ländliche Räume – Landwirtschaft und Kulturlandschaft erhalten!

Ortsansässige Landwirtschaftsbetriebe sind Garant für Arbeitsplätze, eine nachhaltige Landnutzung und eine hohe Wertschöpfung im dünnbesiedelten Raum. Die verfehlte Agrarpolitik und überzogene Zwangsökologisierung gefährden jedoch immer mehr mittelständische Betriebe in ihrer Existenz. Wir wollen moderne, in der Region verankerte Agrarbetriebe, die konkurrenzfähig produzieren können, und lehnen überzogene und wettbewerbsverzerrende Auflagen entschieden ab.

Da die Nachfrage nach regionalen Produkten stetig steigt, wollen wir die Absatzwege über Hofläden und Wochenmärkte fördern und bürokratische Hürden abbauen.

Kulturlandschaft erlebbar machen und alte Landwege reaktivieren

Der Staat hat in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen. Ein regelrechter Renaturierungswahn zerstört jetzt vollends jahrhundertealte Kulturlandschaften. Wir wollen dagegen die Pflege und Neuanlage unserer das Landschaftsbild prägenden Alleen ausweiten und dort, wo möglich, alte Landwege und Knicks, die im Rahmen der Flurbereinigung zur DDR-Zeit verlorengingen, reaktivieren. Sie bereichern das Landschaftsbild, gewährleisten den wichtigen Biotopverbund und sind Lebensraum unzähliger Arten und beugen der Bodenerosion vor.

Generell setzen wir uns für einen Natur- und Umweltschutz mit Augenmaß ein. So befürworten wir die Aufforstung von für die Landwirtschaft unbrauchbaren Flächen.

Fischerei und Jagd ohne bürokratische Überregulierung

Jagd und Fischerei sind seit jeher kulturelles Gut unseres Landes. Wir erkennen die Leistungen unserer Jäger und Fischer an und wollen dieses für die Natur wichtige Brauchtum erhalten und fördern. Um ein effizientes Wildtiermanagement zu gewährleisten, sollen Reviere bevorzugt an ortsansässige Jäger verpachtet werden. Sie sollen zudem die Möglichkeit erhalten, zur Schadensabwehr die unregulierten Wolfsbestände aktiv zu bejagen.

Mittelständische Fischereibetriebe sind unverzichtbarer Teil maritimer Küsten-Kultur. Dem Einsatz von Grundschleppnetzen allerdings stehen wir aufgrund der desaströsen Auswirkungen auf die Regenerationsfähigkeit unserer Fischbestände kritisch gegenüber. Die Fischerei muss durch regenerativ verträgliche Fangquoten und eine angemessene Bejagung des Kormorans in ihrer Existenz gesichert werden. Unnötige Bürokratie ist abzubauen, damit die kleinen, oftmals in der Familie geführten Fischereibetriebe auch morgen noch das Bild unserer Küsten- und Binnengewässer prägen.

Asyl und Migration – Aufnahmestopp und Leitkultur!

Aufnahmestopp in Kommunen ermöglichen

Offene Grenzen und eine nach wie vor dramatisch hohe illegale Einwanderung führen in vielen Kommunen des Landes zu einer Akzeptanz- und Unterbringungskrise. Die Gemeinde Upahl ist zu einem bundesweit bekannten Symbol dieses Scheiterns geworden. Anstatt die legitimen Interessen der Kommunen ernst zu nehmen und nach Berlin zu tragen, verweist die Landesregierung regelmäßig auf die Alternativlosigkeit ihrer Politik und ignoriert die Bedürfnisse der Bevölkerung vor Ort. Wir werden uns mit allen der Opposition zur Verfügung stehenden Mitteln für die Stärkung von kommunalen Veto-Rechten gegenüber einer zwangsweisen Verteilung von Migranten durch das Land einsetzen. Überforderte Kommunen müssen zukünftig einen Aufnahmestopp ausrufen können.

Die umfassenden Bleiberechte und Ansprüche auf Sozialleistungen in unserem Land üben einen starken Anreiz zur illegalen Migration aus. Kriminelle Schlepperstrukturen profitieren von bereits im Land befindlichen Migrantennetzwerken, die durch Rücküberweisungen und Familiennachzug ihr Geschäftsmodell aufrechterhalten. Gegen diesen offensichtlichen Pull-Effekt werden wir uns in den kommunalen Vertretungen für eine strikte Anwendung des Sachleistungsprinzips einsetzen.

Leitkultur statt Parallelgesellschaften

Die Integrationsfähigkeit Mecklenburg-Vorpommerns wurde in den letzten Jahren vor allem in den größeren Städten des Landes überstrapaziert. Durch die in die Irre führenden Sonntagsreden der Regierung und aufgrund des permanenten illegalen Zustroms auf hohem Niveau wird unsere Gesellschaft schon jetzt und absehbar noch stärker auf eine harte Probe gestellt. Auf kommunaler Ebene setzen wir uns dafür ein, dass diese gesellschaftliche Entfremdung offen thematisiert wird.

Wir werden jeglichen Ansätzen von Parallelgesellschaften durch konsequente Maßnahmen begegnen, die sich an Dänemarks Anti-Ghetto-Politik orientieren. Dem integrationspolitischen Scheitern mit Ansage setzen wir eine Politik der Leitkultur entgegen.

Ausreisepflicht konsequent durchsetzen

Die Ausländerbehörden in unserem Land sind strukturell nicht in der Lage, den Aufenthalt ausländischer Personen so zu regeln, wie es die geltende Rechtslage vorsieht. Das wird insbesondere bei der Durchsetzung der Ausreisepflicht von abgelehnten Asylbewerbern deutlich, die tausendfach nicht umgesetzt wird. Es mangelt vor allem an Personal und an Sanktionsmöglichkeiten. Zur Entlastung der Ausländerbehörden fordern wir, dass Personen ohne Bleiberecht gar nicht erst auf die Kommunen verteilt werden. Zukünftig sind diese in separaten Ausreiseeinrichtungen unterzubringen. Wir wollen in Landkreisen und kreisfreien Städten eigene Rückführungsbeauftragte (Remigrationsbeauftragte) ernennen, die als Ansprechpartner für Bund und Land dienen. Rückkehrberatungen sollen in allen Kommunen ausgebaut werden.

Tatsächliche Fachkräfte aus dem Ausland willkommen

Wertschöpfende Unternehmen, die in unseren Kommunen viele Arbeitsplätze bieten und Steuern für das Allgemeinwohl entrichten, leiden unter dem Fachkräftemangel. Zur Sicherung unserer wirtschaftlichen Zukunft ist neben der besseren Ausbildung der eigenen Bürger auch eine bedarfsorientierte Zuwanderung von tatsächlichen Fachkräften sinnvoll. Die Attraktivität unseres Landes für hochqualifiziert aus dem Ausland kommende Personen hängt aber elementar auch mit der Kontrolle über das Einreisegeschehen zusammen, eine Einwanderung in unsere Sozialsysteme lehnt die AfD konsequent ab.

Eine Beschäftigungsquote für Menschen mit Migrationshintergrund in der kommunalen Verwaltung lehnen wir ebenfalls ab. Die Entscheidung über Einstellung oder Beförderung muss einzig nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung erfolgen. Deutsche ohne Migrationshintergrund dürfen beim Zugang zum öffentlichen Dienst nicht diskriminiert werden.

Energie – bezahlbare Energieversorgung ohne Ideologie!

Die grundlastfähige und günstige Energieversorgung ist ein wichtiger Standortfaktor für die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Deshalb spricht sich die AfD für einen breiten Energiemix aus, zu dem konventionelle Energieträger wie Kernkraft, Kohle und Gas gehören. Alternative Energieerzeugungsformen wie Geothermie, Biogasanlagen oder Photovoltaikanlagen auf Dachflächen sind sinnvolle Ergänzungen dazu. Eine hastige, ideologisch bedingte und teure Transformation unserer gesamten Energiewirtschaft lehnen wir jedoch aus rationalen Erwägungen ab.

Landschaft nicht mit immer mehr Windindustrieanlagen verschandeln

Wir sehen den weiteren Ausbau der Windkraftanlagen im Land kritisch. Nach aktueller Gesetzeslage soll sich die Fläche der Windparks in MV mehr als vervierfachen. Wir setzen uns für die Bewahrung des heimatlichen Landschaftsbildes ein.

Wir fordern, dass Windkraftanlagen nur bei breiter Zustimmung der betroffenen Bürger errichtet werden dürfen. Dabei muss der Mindestabstand zur Wohnbebauung das 10-fache der Gesamthöhe, mindestens jedoch 2,5 km betragen. Der Rückbau von Windenergieanlagen hat zudem vollständig, also mitsamt ihrer Betonfundamente zu erfolgen.

Wir wollen nicht zum Windpark für den Rest Deutschlands werden. Während unsere Landschaft durch immer mehr Windindustrieanlagen zunehmend verschandelt wird und unser sensibles Ökosystem und die Artenvielfalt dadurch Schaden nehmen.

Die Bürger leiden nicht nur unter dem massiven Windkraftausbau, sondern zahlen wegen der hohen Netzentgelte auch noch die höchsten Strompreise in Deutschland. Diese energiepolitische Geisterfahrt werden wir beenden und wieder ökonomische Vernunft statt Ideologie zum Maßstab der Politik machen.

Keine Photovoltaikanlagen auf fruchtbaren Äckern

Landwirtschaftliche Nutzflächen sollen aus Sicht der AfD vorrangig unsere Ernährungssicherheit sicherstellen. Anders als beispielsweise große Dachflächen sind fruchtbare Ackerböden gerade nicht für Photovoltaikanlagen geeignet. Wir appellieren auch hier dringend, zu einer vernunftbasierten Energiepolitik zurückzukehren.

Kommunale Wärmeplanung belastet Kommunen

Die AfD kritisiert die Einführung einer verpflichtenden kommunalen Wärmeplanung, da negative Auswirkungen auf die individuellen Freiheiten, die wirtschaftliche Effizienz und das Innovationspotenzial sowie Bürokratisierung und Kostenbelastung die eventuell möglichen positiven Aspekte deutlich überlagern.

Die Bürger unseres Landes sollten die Freiheit haben, ihre bevorzugten Wärmequellen und -technologien selbstbestimmt auszuwählen. Eine kommunale Planung wird weiter dazu beitragen, diese Auswahlmöglichkeiten zu reduzieren. Wenn nämlich eine Kommune bereits über einen Wärmeplan verfügt, ist der Einbau von Heizungen mit 65 % „erneuerbarer“ Energie verbindlich.

Die AfD lehnt das Gebäudeenergiegesetz grundsätzlich ab und wird es in Regierungsverantwortung zurücknehmen. Lokale Märkte und Wettbewerb werden durch staatliche Eingriffe und Vorgaben nur eingeschränkt und echte Innovationen durch Bürokratie und Vorschriften verlangsamt oder behindert. Schon jetzt ist absehbar, dass zusätzliche teure Planstellen in Behörden und auf kommunaler Ebene geschaffen werden müssen, um die kommunale Wärmeplanung und deren Umsetzung zu überwachen. Sie ist außerdem mit einer deutlich höheren finanziellen Belastung der Bürger und Unternehmen durch steigende Steuern und Gebühren verbunden. Das lehnen wir ab.

Insgesamt muss man feststellen, dass eine teure zentralisierte Wärmeplanung entscheidende Nachteile mit sich bringt, während wir für eine flexiblere, marktbasierte Herangehensweise eintreten, die Versorgungssicherheit und niedrigere Kosten für die Verbraucher gewährleistet.

Nein zum LNG-Terminal vor Rügens hochsensibler Küste!

Die AfD steht an der Seite der Bürger und der Tourismusregion Rügen und stellt sich gegen die Errichtung eines LNG-Terminals vor Rügens Küste. Wir sprechen uns klar gegen den Betrieb von Regasifizierungsschiffen in Mukran bei Sassnitz und die damit verbundenen Umweltbelastungen aus. Gleichwohl eine Diversifizierung der Energieversorgung sinnvoll sein kann, setzen wir uns stattdessen aus Gründen der Wirtschaftlichkeit, des Umweltschutzes und des Tourismus für die Reparatur und Inbetriebnahme von Nord Stream ein.

MV braucht weder Klimanotstand noch Klimakleber

Linke Klimaideologen, die mit Ausrufung eines Klimanotstandes auf kommunaler Ebene einer Panik Vorschub leisten, erteilen wir eine klare Absage. Die AfD sieht keinen sogenannten Klimanotstand in MV, der besondere Eingriffe in die Freiheit und das Eigentum der Bürger rechtfertigen würde. Die Ausrufung eines herbeifantasierten „Klimanotstandes“ in mehreren Orten unseres Landes ist an Absurdität kaum zu übertreffen und verursacht erhebliche Mehraufwendungen und Kosten, die die Bürger tragen müssen. Unsere AfD-Kommunalpolitiker treten solchen paranoiden Fantastereien mit bürgerlicher Vernunft und Realismus entgegen.

Kommunale Finanzen – solide und selbstverwaltet!

Die AfD steht zum Subsidiaritätsprinzip. Die Entscheidungen sollen auf der niedrigstmöglichen Ebene getroffen werden. Die Kommunen besitzen als kleinste politische Einheit einen besonderen Stellenwert. Hier wird das Zusammenleben der Bürger maßgeblich gestaltet. Die finanzielle Situation hat direkten Einfluss auf die Lebensqualität der Bürger. Steuergelder müssen den Kommunen direkt vor Ort zugutekommen, damit sie mehr eigene Entscheidungsspielräume haben.

Keine goldenen Zügel für die Kommunen

Die Bewilligung von Mitteln für die Kommunen hat nach transparenten Kriterien zu erfolgen. Die Kommunen dürfen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nicht auf willkürliche Almosen der Landesregierung angewiesen sein. Deshalb fordern wir eine Reform der kommunalen Finanzierung, insbesondere einen größeren Anteil für die Kommunen an den Einkommensteuereinnahmen.

Gemeinden, denen es gelungen ist, eine positive wirtschaftliche Entwicklung herbeizuführen, dürfen dafür nicht durch höhere Umlagen bestraft werden.

Wir fordern die Verschlankung der kommunalen Verwaltungsstrukturen, um die Aufgaben möglichst effizient zu erledigen. Dazu gehört auch, nicht am Gängelband von Landes- und Bundesförderprogrammen zu laufen. Denn die Beantragung dieser Mittel bindet unnötig Personal, das an anderer Stelle sinnvoller eingesetzt werden kann.

Die Kommunen brauchen mehr finanzielle Spielräume, damit Amts- und Kreisumlagesätze in Mecklenburg-Vorpommern nicht weiter ansteigen. Die Mittel für freiwillige Aufgaben müssen so ausgestaltet sein, dass die Kommunalpolitiker nicht nur Verwalter eines Missstandes sind, sondern auch weiterhin aktiv gestalten können. Der übertragene Wirkungskreis muss dafür so finanziert werden, dass die Kreisumlagesätze deutlich unter 40 % gesenkt werden können.

Die AfD-Kommunalpolitiker lehnen übermäßige kommunale Abgaben konsequent ab, daher wird es mit uns auch keine Betten-, Jagd-, Getränke- und andere überflüssige kommunale Steuern geben. Insbesondere schaffen wir die Erhebung von Kurtaxe von Bürgern in Kommunen ihres Kreises ab. Unsere Bürger und die willkommenen Touristen sind keine auszupressenden Zitronen; allen kommunalen Abgaben muss eine adäquate Leistung gegenüberstehen.

Kommunen bei Migrationskosten entlasten

Die unkontrollierte Massenzuwanderung gefährdet den sozialen Frieden vor Ort und überfordert die Kommunen finanziell. Punktuelle und kurzfristige Finanzspritzen für einige wenige Kommunen werden das Gesamtproblem nicht lösen.

Die Bundesregierung erhöht nach wie vor die finanziellen Belastungen unserer Kommunen. Neben den direkten „Flüchtlingskosten“ für Unterbringung fallen auch indirekte „Flüchtlingskosten“ an, zum Beispiel für KiTa, Schule, Hort sowie zusätzliches Personal in den Verwaltungen. Wir lehnen die Übernahme dieser Folgekosten durch Städte, Gemeinden und Kreise ab. Wer die unkontrollierte Massenzuwanderung herbeiführt oder ermöglicht, also der Bund, soll auch zu 100 Prozent die direkten und indirekten Kosten tragen. Die Kommunalvertreter der AfD werden dieses Thema gegenüber Gremien wie dem Städte- und Gemeindetag oder dem Landkreistag konsequent vertreten.

Die Überführung ukrainischer Kriegsflüchtlinge in das Bürgergeldsystem sowie weitere finanzielle Vergünstigungen haben zu einer weiteren massiven Einwanderung in den Sozialstaat geführt und damit unseren Kommunen erhebliche zusätzliche finanzielle Belastungen eingebracht. Solche Magnete gilt es abzuschalten.

Aufkommensneutralität bei der Grundsteuerreform

Die AfD setzt sich auf Bundesebene für die Abschaffung der Grundsteuer ein, weil diese eine Substanzsteuer ist. Bei der jetzt laufenden Grundsteuerreform ist dafür zu sorgen, dass sie aufkommensneutral erfolgt. Dies bedeutet für uns, dass für die einzelne Gemeinde das Grundsteueraufkommen im Jahr 2025 nach der neuen Regelung nicht höher sein darf als im Jahr 2023 nach alter Regelung. Die Grundsteuerreform darf seitens der Gemeinden nicht dafür herhalten, die Grundsteuern für die Bürger zu erhöhen und die klammen Gemeindekassen aufzufüllen.